

Ein statistischer Blick auf 20 Jahre Deutsche Einheit Was hat sich in den 16 Bundesländern seitdem verändert?

In der Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter der Länder „Von Bevölkerung bis Wahlen – 20 Jahre Deutsche Einheit in der Statistik“ anlässlich des 20. Jahrestags der Wiedervereinigung wurden die statistischen Daten aller 16 Bundesländer zu den Themen Bevölkerung, Bildung, Wirtschaft, Landwirtschaft, Erwerbstätigkeit, Tourismus, Umwelt und Verkehr, Gesundheit, Wohnen, Soziales und Wahlen in übersichtlichen Graphiken und anschaulichen Karten aufbereitet und in kurzen Texten kommentiert. Nachfolgend ein kurzer Auszug aus der Veröffentlichung.

Bevölkerungsverluste nicht nur in den neuen Bundesländern

Als Ergebnis der Auswertung aus den Daten zur Bevölkerungsentwicklung sind Bevölkerungsverluste vor allem in den neuen Bundesländern Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen festzustellen. Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein profitierten Anfang der 90er-Jahre am stärksten von Zuwanderungen. Nicht alle alten Bundesländer verzeichneten steigende Einwohnerzahlen: In Bremen und im Saarland sanken die Bevölkerungszahlen seit der Wiedervereinigung.

In allen Bundesländern gibt es immer mehr alte Menschen

In allen Bundesländern ist die demographische Alterung spürbar. In den neuen Ländern ist dieser Effekt jedoch noch stärker. Zu Beginn der 90er-Jahre war der Anteil

der jungen Menschen dort vergleichsweise hoch, in der Folgezeit sind aber besonders viele junge Menschen aus den neuen Ländern abgewandert. Auch der zunächst kräftige Einbruch der Geburtenrate – als Folge der enormen sozialen und wirtschaftlichen Umbrüche nach der Wende – hat zur stärkeren Alterung der Gesellschaft in den neuen Ländern beigetragen. Mittlerweile haben die neuen Länder aber wieder aufgeholt: Hinsichtlich der Geburtenrate ist 20 Jahre nach der Wiedervereinigung kein Unterschied mehr zwischen den alten und den neuen Bundesländern festzustellen.

Eine deutliche Ost-West-Teilung zeigt sich beim Anteil der Kinder, die nicht ehelich geboren werden. Während in den neuen Ländern schon seit dem Jahr 2000 mehr Kinder außerhalb einer Ehe geboren werden als innerhalb, liegt dieser Anteil in den alten Bundesländern bei lediglich etwa einem Viertel. Am höchsten ist der Anteil der außerehelich Geborenen in der Stadt Stralsund in Mecklenburg-Vorpommern mit 72%, am niedrigsten im Kreis Böblingen in Baden-Württemberg mit 16%.

Hohes Wirtschaftswachstum in den neuen Ländern

Zwischen 1991 und 2009 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im wiedervereinigten Deutschland um 23%. Aufgrund des geringen Ausgangsniveaus und des Aufholprozesses waren die Wachstumsraten in den neuen Ländern in den 90er-Jahren besonders

hoch. Dort legte der Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen mit 77% deutlich stärker zu als in den alten Ländern (plus 19%; jeweils ohne Berlin). Das stärkste Wachstum verzeichnete in dieser Zeit Thüringen; hier hat sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nahezu verdoppelt. Insgesamt hat sich der Anteil der neuen Länder am deutschen Bruttoinlandsprodukt im Betrachtungszeitraum von sieben auf knapp zwölf Prozent erhöht.

Kräftiger Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze in den neuen Ländern

In Deutschland gab es im Jahr 2009 insgesamt knapp 40,3 Millionen Erwerbstätige, das waren 1,64 Millionen bzw. 4,3% mehr als 1991. Die Entwicklung in den Ländern verlief jedoch sehr unterschiedlich. Während Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bayern mit jeweils etwa elf Prozent deutliche Zuwächse verzeichnen konnten, sank die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen-Anhalt (minus 21%) und Thüringen (minus 17%) stark. Zusammengefasst verloren die neuen Bundesländer als Folge des enormen Strukturumbruchs seit 1991 etwa eine Million Arbeitsplätze, in den alten Ländern (jeweils ohne Berlin) kamen bis 2009 dagegen knapp 2,7 Millionen Arbeitsplätze hinzu. Heute befinden sich – bei einem Bevölkerungsanteil von 16,5% – 14% aller Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern. Im Jahr 1991 waren es noch 18%, der Bevölkerungsanteil lag bei 18,9%.

Von Bevölkerung bis Wahlen – 20 Jahre Deutsche Einheit in der Statistik



STATISTISCHE ÄMTER
DER LÄNDER

Arbeitsproduktivität in den neuen Ländern deutlich stärker gestiegen als in den alten

Die Arbeitsproduktivität, gemessen als Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, ist seit 1991 in allen Ländern beträchtlich gestiegen. Besonders kräftig war der Anstieg in den fünf neuen Ländern aufgrund des dort relativ niedrigen Ausgangswerts; hier hat sich die Arbeitsproduktivität in etwa verdreifacht. In den alten Bundesländern waren die Produktivitätszuwächse moderater, sie lagen zwischen 26 % in Rheinland-Pfalz und 50 % in Bremen.

Arbeitslosenquote in allen Ländern gesunken

Im Jahr 2009 lag die Arbeitslosenquote, also die Zahl der Arbeitslosen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, in Deutschland bei 8,2 %. Am niedrigsten war sie in Bayern (4,8 %) und in Baden-Württemberg (5,1 %), am höchsten in Berlin (14,1 %) sowie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (jeweils 13,6 %). Im Ver-

gleich zu 1997 sind die Arbeitslosenquoten heute in allen Bundesländern deutlich niedriger. Bundesweit lag die Quote 2009 um 3,2 Prozentpunkte unter der von 1997. Am stärksten war der Rückgang in Sachsen-Anhalt mit einem Minus von 6,7 Prozentpunkten, gefolgt von Thüringen (minus 6,4 Prozentpunkte). Diese positive Entwicklung am Arbeitsmarkt ist vor allem auf die Arbeitsmarktreformen zurückzuführen, die zwischen 2003 und

2005 in Kraft traten.

Attraktive Urlaubsziele an den Küsten und in den Bergen

Urlauber zieht es hauptsächlich an die Küsten und in die Berge. So verzeichnete Bayern im Jahr 2009 mit 26,4 Millionen die meisten Gäste. Bezogen auf die Einwohnerzahl steht jedoch Mecklenburg-Vorpommern ganz vorn. Dorthin kamen zwar „nur“ 6,9 Millionen Gäste, bezogen auf 1 000 Einwohner waren das jedoch 4 175 Gästeankünfte und damit fast doppelt so viele wie in Bayern (2 107 Gäste je 1 000 Einwohner). Im Jahr 1992 wies noch Schleswig-Holstein mit 1 782 Gästeankünften je 1 000 Einwohner die höchste Gästeintensität auf, während Mecklenburg-Vorpommern damals erst 1 400 Gäste je 1 000 Einwohner zählte.

Verfügbares Einkommen: Abstand zwischen Ost und West hat sich deutlich verringert

Seit 1991 ist das verfügbare Einkommen in den neuen Ländern wesentlich stärker gestiegen als in

den alten Ländern. Dadurch haben sich die extremen Unterschiede, die es kurz nach der Wiedervereinigung noch gab, deutlich verringert. Im Jahr 1991 lag das Einkommen, das die Menschen für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung haben, in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen noch um über 40 % unter dem damaligen Durchschnittswert der 16 Länder (12 509 Euro je Einwohner); bis 2008 ist der Abstand vom Durchschnitt (18 974 Euro je Einwohner) auf 21 % und weniger zurückgegangen.

Menschen in den neuen Bundesländern gehen sparsamer mit dem Wasser um

Der Wasserverbrauch der privaten Haushalte und des Kleingewerbes summierte sich 2007 in Deutschland auf 3 623 Milliarden Kubikmeter. Mit dieser Menge ließe sich die gesamte Fläche Deutschlands einen Zentimeter hoch mit Wasser bedecken. Im Durchschnitt verbrauchte jeder Einwohner 2007 pro Tag 122 Liter Trinkwasser. Den geringsten Wasserverbrauch hatten die Menschen in Sachsen (85 Liter pro Tag), Sachsen-Anhalt (90 Liter), Thüringen (90 Liter) und Brandenburg (98 Liter).

Beim Betreuungsangebot für die Jüngsten liegen die neuen Bundesländer weit vorne

Im Bundesdurchschnitt wurde 2009 für jedes fünfte Kind unter drei Jahren die Betreuung in einer Kindertageseinrichtung oder in der öffentlich geförderten Kindertagespflege in Anspruch genommen. Weit über diesem Durchschnittswert lagen Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Berlin und Sachsen mit Werten zwischen 40 und 55 %. Für die 3- bis unter 6-

Jährigen lag die Betreuungsquote 2009 bundesweit bei 92%. Rheinland-Pfalz wies in dieser Altersgruppe mit 96,2% die höchste Quote aus, dicht gefolgt von Thüringen (95,9%). Die niedrigsten Betreuungsquoten wurden in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen ausgewiesen.

Wahlbeteiligung in allen Ländern rückläufig

An der Wahl zum 12. Deutschen

Bundestag beteiligten sich 1990 von den mehr als 60 Millionen Wahlberechtigten im Durchschnitt in allen Ländern knapp 78%. In Mecklenburg-Vorpommern nutzten damals die wenigsten Wahlberechtigten ihr Stimmrecht (71 %) und im Saarland die meisten (85%). Bei der Wahl zum 17. Bundestag im Jahr 2009 beteiligten sich deutschlandweit nur noch knapp 71 % und damit so wenige wie noch nie bei einer Bundestagswahl. Die Spann-

weite lag zwischen 60,5% in Sachsen-Anhalt und 73,8% in Hessen.

Ausführliche Ergebnisse enthält die Gemeinschaftsveröffentlichung „Von Bevölkerung bis Wahlen – 20 Jahre Deutsche Einheit in der Statistik“ (Bestellnummer Z71205 201051, Einzelpreis der Druckausgabe: 5,— €).*

* Alle Statistischen Berichte sind auch kostenlos als Datei erhältlich. Bestellmöglichkeit (für alle Veröffentlichungen): s. Umschlagseite 3